

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Januar 1992
am Donnerstag, dem 16. Januar 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter, Robert (SPD)	57	Kuhlwein, Eckart (SPD)	37, 38
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	31, 41	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	44, 51
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS/Linke Liste)	25, 26	Maaß, Dieter (Herne) (SPD)	9, 12
Dr. Feldmann, Olaf (FDP)	29, 30	Müller, Christian (Zittau) (SPD)	32, 33
Fuchs, Katrin (Verl) (SPD)	46, 47	Opel, Manfred (SPD)	21, 22
Gansel, Norbert (SPD)	10, 11	Ostertag, Adolf (SPD)	17, 18
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	3, 4	Dr. Päsel, Gerhard (CDU/CSU)	36, 61
Harries, Klaus (CDU/CSU)	5, 58	Pfeffermann, Gerhard O. (CDU/CSU)	7, 8
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	62, 63	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	42, 43
Dr. Hirsch, Burkhard (FDP)	1, 2	Dr. Schmude, Jürgen (SPD)	52, 53
Dr. Janzen, Ulrich (SPD)	14, 15	Schwanitz, Rolf (SPD)	64, 65
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	34, 35	Sorge, Wieland (SPD)	59, 60
Kampeter, Steffen (CDU/CSU)	6	Stiegler, Ludwig (SPD)	16, 56
Kastning, Ernst (SPD)	54, 55	Toetemeyer, Hans-Günther (SPD)	39, 40
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	19, 20	Verheugen, Günter (SPD)	49, 50
Koppelin, Jürgen (FDP)	27, 28	Wallow, Hans (SPD)	24, 48
Kubatschka, Horst (SPD)	23, 45	Dr. Wetzels, Margrit (SPD)	13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	5
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen
und Jugend**

1. Abgeordneter
**Dr. Burkhard
Hirsch**
(FDP)

Wie ist es möglich, daß der Redakteur Erich Kieckhöfel in der Zeitschrift „Der Zivildienst, Magazin für den Zivildienstleistenden“, Heft 8/91, September 91, Seite 22 bis 28, unter der Überschrift „Asyl. Eine Welt auf der Flucht vor sich selbst. Zelte = Kathedralen unseres Jahrhunderts.“ einen wüsten Hetzartikel gegen Flüchtlinge veröffentlichen konnte, in dem Flüchtlinge pauschal für Kriminalität, die Mafia, Rauschgift usw. verantwortlich gemacht werden, und was wird die Bundesregierung veranlassen, um die Leserschaft nach dieser kaum verhüllten Volksverhetzung sachlich zu informieren?

2. Abgeordneter
**Dr. Burkhard
Hirsch**
(FDP)

Welche Haushaltsmittel stehen dem für die Herausgabe der Zeitschrift verantwortlichen Bundesamt für den Zivildienst für diese Zeitschrift zur Verfügung, und wie übt die Bundesregierung die Fach- und Dienstaufsicht in Fällen dieser Art aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

3. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker**
(SPD)

Trifft es zu, daß der Bundesminister für Verkehr, Dr. Günther Krause, während des Zeitraumes einer ärztlich bescheinigten Dienstunfähigkeit am 30. November 1991 an einer Bürgerversammlung im mecklenburgischen Börgerende teilnahm und für ein privates Investitionsvorhaben, an dem auch Familienangehörige des Bundesministers beteiligt sind, die Unterstützung des von ihm geleiteten Bundesministeriums anbot?

4. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker**
(SPD)

Aus welcher gesetzlichen Grundlage leitet sich die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Verkehr für die Durchführung derartiger Prüfzusagen ab?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Hat sich die Erwartung der Bundesregierung bestätigt, daß bei der Sanierung der Umweltaltlasten in den neuen Bundesländern (z. B. durch den Bau von Abwasseranlagen und neuen Depo- nien) Privatkapital – gegebenenfalls in welcher Höhe – zur Verfügung gestellt wurde?
6. Abgeordneter
Steffen Kampeter
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter umwelt- aber auch energiepolitischen Gesichtspunkten den Einsatz von verarbeitungsbedingten Holzab- fällen zur betrieblichen Energieerzeugung im Rahmen der Kraft-Wärme-Kopplung, und welche Möglichkeiten sieht sie zur Förderung dieses energetischen Recyclings in finanzieller, aber auch gesetzlicher Hinsicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

7. Abgeordneter
Gerhard O. Pfeiffermann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die beabsich- tigte Zusammenlegung der Zentralstelle POST- BANK in Darmstadt mit der Generaldirektion POSTBANK in Bonn aus „betriebswirtschaft- lichen Gründen“, wenn gleichzeitig die Bundes- regierung sogar Bundesministerien aus besonde- rem Anlaß an zwei Standorten anzusiedeln beab- sichtigt?
8. Abgeordneter
Gerhard O. Pfeiffermann
(CDU/CSU)
- In welcher Weise muß vor der Einleitung von Maßnahmen zur eventuellen Auflösung von Dienststellen wie z. B. der Zentralstelle POST- BANK Darmstadt das förmliche Beteiligungs- recht des Personalrates (Hauptpersonalrat) nach § 78 Abs. 1 Satz 2 Bundespersonalvertretungs- gesetz gewahrt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

- | | |
|---|---|
| <p>9. Abgeordneter
Dieter
Maaß
(Herne)
(SPD)</p> | <p>Was will die Bundesregierung tun, um die 338 kleinen, vorwiegend ehrenamtlich geführten Wohnungsgenossenschaften in den neuen Bundesländern, die unter 500 Wohnungseinheiten besitzen und verwalten, zu stabilisieren?</p> |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

- | | |
|---|---|
| <p>10. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD)</p> | <p>Welche Forderungen hat die Bundesregierung gegenüber der Immhausen-Chemie bislang wegen zweckentfremdeter Förderungsmittel oder fälliger Steuerverpflichtungen geltend gemacht, und trifft es zu, daß die Bundesregierung anläßlich des Verkaufs von Teilen der Immhausen-Chemie auf Forderungen verzichtet hat?</p> |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|--|
| <p>11. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD)</p> | <p>Ist die Meldung im „Spiegel“ (52/91) zutreffend, daß der Geschäftsführer der Salzgitter-Industriebau GmbH, Andreas Böhm, von Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes ein Paket mit Kaviar und Gänseleberpastete erhalten hat, nachdem die Beteiligung des Unternehmens am Bau der Giftgasfabrik in Rabta/Lybien öffentlich bekanntgeworden ist, und seit wann haben Kontakte zwischen Andreas Böhm und Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes bestanden?</p> |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

12. Abgeordneter
Dieter Maaß (Herne)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Genossenschaften, die insgesamt über ca. 70000 Wohnungen verfügen, nicht geschäftsfähig sind, so lange sie nicht als eingetragene Genossenschaften bei den Registergerichten eingetragen sind, bei denen derzeit ein Antragsstau besteht, wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um diesen Antragsstau möglichst schnell abzubauen? *)

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

13. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzel
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Aufklärung des Verdachtes, daß ein defektes oder möglicherweise falsch angewandtes Röntgengerät in einer Arztpraxis Ursache der auffallend hohen Zahl von Kinder-Leukämie-Fällen in Sittensen sei, und ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß ggf. ähnliche Überprüfungen im Umkreis anderer Leukämie-Cluster vorgenommen werden?
14. Abgeordneter
Dr. Ulrich Janzen
(SPD)
- Wie hoch ist die Arbeitslosenquote unter den Ingenieuren in den neuen Bundesländern, insbesondere auch die Arbeitslosenquote der weiblichen Ingenieure, und in welchem Umfang nehmen Ingenieure an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungen teil?
15. Abgeordneter
Dr. Ulrich Janzen
(SPD)
- Welche Entwicklung der Beschäftigung der Ingenieure in den neuen Bundesländern erwartet die Bundesregierung, und in welchem Umfang muß eine Ost-West-Wanderung von Ingenieuren aus den neuen Bundesländern festgestellt werden?
16. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zum Lohnfortzahlungsanspruch geringfügig Beschäftigter im Krankheitsfalle ziehen, und bis wann ist mit entsprechenden Gesetzesinitiativen zu rechnen?

*) siehe hierzu Frage 9

17. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß die im Unfallverhütungsbericht 1990 dokumentierte Anzahl der angezeigten Berufskrankheiten im Bereich der schweren oder wiederholt rückfälligen Hauterkrankungen im Jahre 1990 auf 20670 stark angestiegen ist, und was hat die Bundesregierung angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung konkret insbesondere im Bereich des Arbeitsschutzes unternommen?
18. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Anzahl der angezeigten Berufskrankheiten im Bereich der schweren oder wiederholt rückfälligen Hauterkrankungen von 20670 Fällen im Jahr 1990 lediglich 753 entschädigte Fälle gegenüberstehen, und wie will die Bundesregierung angesichts dieser großen Diskrepanz zukünftig sicherstellen, daß alle Personen, die infolge ihres Berufs hauterkrankt sind, entschädigt werden?
19. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Wie viele Rentner in den östlichen Bundesländern erhalten ab 1. Januar 1992 weniger Geld ausgezahlt (Rente plus Sozialzuschlag)?
20. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Warum findet sich in der Broschüre „Die neue Rente“ des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom Oktober 1991 kein einziger deutlicher Hinweis darauf, daß wegen der möglichen Begrenzung/Wegfall des Sozialzuschlags der die Rentner primär interessierende Auszahlungsbetrag ab 1. Januar 1992 auch niedriger sein kann als bisher?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

21. Abgeordneter
**Manfred
Opel**
(SPD)
- Auf welche Weise und wann wurden die an der „wehrtechnischen Zusammenarbeit“ mittelbar und unmittelbar Beteiligten des Bundesnachrichtendienstes, der Bundeswehr und des Bundeskanzleramtes über die dafür geltenden rechtlichen Grundlagen (z. B. BND-Gesetz, Außenwirtschaftsgesetz, Kriegswaffenkontrollgesetz einschließlich der entsprechenden Verordnungen und Beschlüsse von Regierungsstellen) informiert bzw. aktenkundig belehrt?

- | | |
|---|--|
| 22. Abgeordneter
Manfred Opel
(SPD) | Wußte der amtierende Bundesminister der Verteidigung, Dr. Gerhard Stoltenberg, von der Existenz einer „wehrtechnischen Zusammenarbeit“ mit Nicht-NATO-Staaten, und inwieweit war er vom konkreten Umfang der jeweiligen „wehrtechnischen Zusammenarbeit“ unterrichtet? |
| 23. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD) | Sind die von der Bundesregierung dem Notärztekomitee „Cap Anamur“ zugesicherten 20 Minenräumpanzer bereits auf dem Weg nach Somalia? |
| 24. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) | Welche Ursachen sind dafür maßgeblich, daß dem Antrag der Hilfsorganisation „Cap Anamur“, Minenräumpanzer für die Räumung von Minen in Somalia zur Verfügung zu stellen, bisher noch nicht stattgegeben wurde? |
| 25. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS/Linke Liste) | Zu welchen Konditionen werden Objekte der Bundeswehr, z. B. Verdichtungsdepots in den neuen Bundesländern, an die Firma Materialdepot Service Gesellschaft mbH (MDSG) übergeben? |
| 26. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS/Linke Liste) | Inwieweit ist die Firma MDSG beteiligt am Export von NVA-Material in Gebiete außerhalb der NATO? |
| 27. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) | Beabsichtigt die Bundesregierung auch weiterhin, der Türkei aus NVA-Beständen Waffen zur Verfügung zu stellen? |
| 28. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) | Treffen Pressemeldungen zu, daß die türkische Polizei Waffen aus NVA-Beständen erhalten hat? |
| 29. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(FDP) | Sieht die Bundesregierung in Zukunft Möglichkeiten einer europäischen kollektiven Luftraumkontrolle und Luftverteidigung, die einen Verzicht der Bundesluftwaffe auf den Jäger 90 oder andere alternative Jagdflugzeuge möglich machen würde? |
| 30. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(FDP) | Welche Anschaffungs-, Ausbildungs-, Unterhalts- und Modernisierungskosten legt die Bundesregierung nach heutigem Stand bei ihrer Suche nach einer kostengünstigen Lösung für die |

Nachfolge der Phantom F-4 – u. a. für die Jagdflugzeuge Jäger 90, F-18, Mig 29 und der noch in der Entwicklung stehenden F-22 – zugrunde, und sieht sie Möglichkeiten einer europäischen Beteiligung an der Entwicklung der amerikanischen F-22?

31. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)

Welche Hilfsmöglichkeiten seitens der Bundeswehr sieht die Bundesregierung für Staaten, die von Verminungen besonders betroffen sind – auch im Hinblick auf die Ausbildungshilfen durch Soldaten der Bundeswehr?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

32. Abgeordneter
**Christian
Müller**
(Zittau)
(SPD)

Wie viele Ingenieure gibt es in den neuen Bundesländern, gegliedert nach Abschlüssen an Fachschulen, Technischen Hochschulen, Ingenieurschulen und Universitäten sowie wesentlichen Fachrichtungen, und wie sehen die entsprechenden Relationen zu Abschlüssen und Fachrichtungen in den alten Bundesländern – auch hinsichtlich des Verhältnisses Anzahl der Ingenieure zur Bevölkerungszahl und -dichte in den jeweiligen Bundesländern – aus?

33. Abgeordneter
**Christian
Müller**
(Zittau)
(SPD)

Welchen Wert mißt die Bundesregierung den Ingenieuren für den Aufbau in den neuen Bundesländern, insbesondere für das Gelingen des Gemeinschaftswerkes „Aufschwung Ost“, bei, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Kenntnis- und Erfahrungsstand der Ingenieure aus den neuen Bundesländern, auch in Relation zu demjenigen der Ingenieure in den alten Bundesländern, bezogen auf die jeweiligen spezifischen Fachrichtungen?

34. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Rainer
Jork**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Beschluß der Kultusministerkonferenz „zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen im Sinne des Artikels 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages“ bei den Fach- und Ingenieurschulabschlüssen, und inwieweit sind Ingenieure, die nach dem Abitur, jedoch ohne Facharbeiterabschluß eine Ingenieurschule erfolgreich abgeschlossen haben, in den Beschluß der Kultusministerkonferenz miteinbezogen?

35. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
- Wie viele Studenten aus den neuen Bundesländern studieren Ingenieurwissenschaften in den alten Bundesländern und umgekehrt, und wie wird die Zukunft des Ingenieurstudiums in den neuen Bundesländern aussehen?
36. Abgeordneter
Dr. Gerhard Päselt
(CDU/CSU)
- Inwieweit wird die Fort- und Weiterbildung der Ingenieure in den neuen Bundesländern gefördert?
37. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dr. Norbert Lammert, daß das Abitur seine Funktion als allgemeine Hochschulreife eingebüßt habe und daß sich die Hochschulen ihre Studierenden z. B. durch Tests und Auswahlgespräche selbst aussuchen können sollten?
38. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Dr. Rainer Ortleb, daß das Abitur als Hochschulzugangsprüfung ausreiche und daß zusätzliche Prüfungen nur zu mehr Bürokratie an den Hochschulen führten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

39. Abgeordneter
Hans-Günther Toetemeyer
(SPD)
- Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß die Arbeit der Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit, der einzigen Beratungsstelle, welche Nichtregierungsorganisationen bei der Beantragung von Mitteln beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit beratend zur Seite steht, durch das Ausscheiden des ehemaligen Leiters sowie eines weiteren Mitarbeiters gefährdet ist, und sind ihr die Gründe für diesen plötzlichen Personalnotstand bekannt?
40. Abgeordneter
Hans-Günther Toetemeyer
(SPD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung die weitere Arbeit dieser bis zum heutigen Tag sehr erfolgreich wirkenden Stelle vor, und welche konkreten Maßnahmen gedenkt sie hinsichtlich der weiteren Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen zu unternehmen?

- | | |
|--|--|
| 41. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU) | Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Entwicklungshilfeszusammenarbeit mit Kroatien aufzunehmen, und wo gedenkt die Bundesregierung dabei Schwerpunkte zu setzen? |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|--|
| 42. Abgeordneter
Dr. Peter
Ramsauer
(CDU/CSU) | Treffen Pressemeldungen der Dresdener „Morgenpost am Sonntag“ zu, daß die verbotene kommunistische Partei der Sowjetunion über Vertrauensleute ein Milliarden-Vermögen in den Westen verschoben haben soll? |
| 43. Abgeordneter
Dr. Peter
Ramsauer
(CDU/CSU) | Falls ja, über welche Möglichkeiten verfügt die Bundesregierung, im Rahmen der finanziellen und materiellen Hilfeleistungen für die Sowjetunion diese Guthaben auf westlichen Banken gegebenenfalls zu beschlagnahmen und für die Hilfeleistungen nutzbar zu machen? |
| 44. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, daß das derzeitige angolische Regime mit der Verleihung der angolischen Staatsbürgerschaft an ausländische Staatsbürger, die sich „während des Krieges um den angolischen Staat verdient gemacht hätten“, erreichen möchte, daß die für September 1992 geplanten Wahlen in Angola zu Gunsten der kommunistischen Herrschaftsclique beeinflußt werden? |
| 45. Abgeordneter
Horst
Kubatschka
(SPD) | Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um Bundesbürgern einen portofreien Versand von Hilfspaketen in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu ermöglichen, wie es z. B. auch Luxemburg für die Monate Dezember 1991 und Januar 1992 für Hilfspakete in alle osteuropäischen Länder geregelt hat, und wie wird sie bei zukünftig notwendigen Hilfsaktionen verfahren? |
| 46. Abgeordnete
Katrin
Fuchs
(Verl)
(SPD) | Treffen Meldungen verschiedener Nachrichtenagenturen zu, wonach die jugoslawische Bundesregierung die Bundesrepublik Deutschland beschuldigt, am 19. Dezember 1991 60 Panzer und vier Haubitzen nach Rijeka geliefert zu haben? |

- | | |
|---|---|
| 47. Abgeordnete
Katrin Fuchs
(Verl)
(SPD) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, aus welchen Quellen dieses Kriegsgerät stammt und wer die Lieferung veranlaßt hat? |
| 48. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) | Aufgrund welcher Bedarfsanalyse der Staaten auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR koordiniert die Bundesregierung die nationalen (staatliche und private) und internationalen Nothilfemaßnahmen? |
| 49. Abgeordneter
Günter Verheugen
(SPD) | Aus welchen Gründen ist der deutsch-tschechoslowakische Vertrag noch nicht unterzeichnet worden? |
| 50. Abgeordneter
Günter Verheugen
(SPD) | Wann gedenkt die Bundesregierung den Vertrag zu unterzeichnen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 51. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos) | Wie viele Vertriebenen ausweise wurden nach dem 2. Weltkrieg ausgestellt, und inwieweit sind die Heimatvertriebenen, unter Einschluß nach dem Krieg geborener Nachkommen, statistisch erfaßt? |
| 52. Abgeordneter
Dr. Jürgen Schmude
(SPD) | Was war der Bundesregierung in der Vergangenheit über Versuche oder Praktiken der DDR bekannt, Bürger der DDR mit besonders hohen Strafen zu belegen, um daraus beim anschließenden Freikauf durch die Bundesregierung Vorteile ziehen zu können? |
| 53. Abgeordneter
Dr. Jürgen Schmude
(SPD) | Wie hat sich die Bundesregierung in der Vergangenheit davor bewahrt, beim Freikauf politischer Gefangener von der DDR dadurch übervorteilt zu werden, daß diese Gefangenen vor allem zur Erzielung höherer Erlöse beim Freikauf zu hohen Strafen verurteilt worden waren? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

54. Abgeordneter
**Ernst
Kastning**
(SPD)
- Welches sind die Gründe dafür, daß nach den Lohnsteuer-Richtlinien für Dienstreisen mit dem privaten Kraftfahrzeug zusätzlich zu dem Kilometersatz von 0,52 DM bei Mitnahme weiterer Personen 0,03 DM Mitnahmeentschädigung pro Person/Kilometer berücksichtigt werden?
55. Abgeordneter
**Ernst
Kastning**
(SPD)
- Müßten die Gründe für die Berücksichtigung einer Mitnahmeentschädigung von 0,03 DM pro Person/Kilometer bei Dienstreisen mit dem privaten Kraftfahrzeug nicht gleichermaßen für die Mitnahme von Werkzeugen und Material ab einem zu bestimmenden Gewicht gelten und eine entsprechende Ergänzung der Lohnsteuer-Richtlinie erfolgen?
56. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Wie ist der Stand der deutsch-tschechoslowakischen Gespräche über die Entschärfung der Situation an den Grenzübergängen entlang der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze, und bis wann ist mit konkreten Verabredungen und Entscheidungen zu rechnen?
57. Abgeordneter
**Robert
Antretter**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Städten, die von den Liegenschaften der Verbündeten Grundstücke übernehmen, auch bei vorhandenen Wohnungen, die an die Städte verkauft werden, einen entsprechenden Abschlag aus dem Verkehrswert von 50% einzuräumen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

58. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, sich kurzfristig vermittelnd in den Streit zwischen der Wintershall Erdgas AG (WIEH) und der Verbundnetz Gas AG, Böhlitz-Ehrenberg (VNG) einzuschalten, um sicherzustellen, daß auch nach dem 1. Januar 1992 die reibungslose Erdgasbelieferung von zahlreichen Wirtschaftsbetrieben und Privathaushalten in den neuen Ländern gewährleistet ist?

59. Abgeordneter
Wieland
Sorge
(SPD)
- Wie viele Ingenieure haben sich seit der Wende in den neuen Bundesländern als Beratende Ingenieure und/oder über eine eigene Betriebsgründung selbständig gemacht, und kann die Bundesregierung der Vermutung zustimmen, daß Ingenieure in den neuen Bundesländern infolge fehlender Handwerksmeister überwiegend bei der Privatisierung und Gründung kleiner und mittelständischer Betriebe wirksam werden?
60. Abgeordneter
Wieland
Sorge
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung die vom Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen W. Möllemann, in seiner Rede auf dem Bundeskongreß der Freien Berufe am 20. Juni 1991 zugesagte Fortsetzung des Hospitationsförderungsprogramms für Angehörige der Freien Berufe aus den neuen Bundesländern bei Freiberuflern aus den alten Bundesländern für die Beratenden Ingenieure und die selbständigen Vermessungsingenieure tatsächlich fortführen?
61. Abgeordneter
Dr. Gerhard
Päsel
(CDU/CSU)
- Wie steht es um den Platz der Ingenieure in der Industrieforschung in den neuen Bundesländern, und wie sieht die Bundesregierung die Zukunft der Industrieforschung überhaupt?
62. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie hoch wird der Bedarf an Baumaterial im Jahre 1992 sein und wann wird sich die Deutsche Bauindustrie in der Lage befinden, den Bedarf, insbesondere in den neuen Bundesländern, reibungslos zu decken, nachdem die dortige Baustoffindustrie wegen ihrer einseitigen Ausrichtung auf den Großplattenbau derzeit nicht in der Lage ist, die Nachfrage zu befriedigen?
63. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, Übergangsweise verstärkt qualitativ hochwertige Dachziegel und Mauersteine aus der CSFR einzuführen, um so einerseits den deutschen Bedarf zu decken und andererseits der CSFR auch dringend benötigte Devisen zu sichern, und ist sie der Meinung, daß im Sinne einer ausgeglichenen, bilateralen Handelsbilanz ein derartiger Warenaustausch mit der CSFR wirtschaftlich sinnvoller wäre, als den deutschen Agrarmarkt weiter zu überfüllen?
64. Abgeordneter
Rolf
Schwanitz
(SPD)
- Wer trägt nach Auffassung der Bundesregierung die Kosten für die Räumung von Grundstücken und Gebäuden, welche in Erfüllung der Entschließung des Deutschen Bundestages zum „Wismut-Gesetz“ (Drucksache 12/1370) von der Wismut-AG unentgeltlich an Kommunen zurückübertragen werden?

65. Abgeordneter
Rolf
Schwanitz
(SPD)

In welchem Umfang und auf welchem Wege werden bei der Bestimmung der Betriebsnotwendigkeit von Grundstücken und Gebäuden, welche in Erfüllung der Entschließung des Deutschen Bundestages zum „Wismut-Gesetz“ (Drucksache 12/1370) einer Beurteilung unterliegen, die Beteiligten außerhalb der Wismut AG, insbesondere die betroffenen Kommunen, bei der Entscheidungsfindung durch das Bundesministerium für Wirtschaft einbezogen?

Bonn, den 10. Januar 1992

